



Ein US-Bundesgericht erklärt Trumps Harvard-Sanktionen für verfassungswidrig – und zieht damit eine Grenze zwischen Regierungsmacht und Wissenschaft

Die Vereinigten Staaten erleben derzeit eine zunehmend konfliktgeladene Auseinandersetzung um die Rolle von Universitäten in politischen und gesellschaftlichen Debatten. In diesem Spannungsfeld hat ein Bundesgericht in Massachusetts nun ein bemerkenswertes Urteil gefällt: Die Entscheidung der Trump-Regierung, Forschungsgelder in Milliardenhöhe für die Harvard University einzufrieren, wurde als verfassungswidrig eingestuft. Der Fall ist mehr als ein juristisches Einzelereignis – er markiert einen Präzedenzfall im Verhältnis zwischen Staat und Wissenschaft.

Der Fall: Politische Vergeltung unter dem Deckmantel der Antisemitismusbekämpfung

Im Zentrum der Auseinandersetzung stand die Entscheidung der Trump-Administration, rund 2,2 Milliarden US-Dollar an bewilligten Forschungsgeldern für Harvard zu blockieren. Offiziell begründete das Bildungsministerium diesen Schritt mit Versäumnissen der Universität bei der Bekämpfung von Antisemitismus auf dem Campus – insbesondere im Kontext pro-palästinensischer Proteste nach dem Gaza-Krieg 2024.

Doch Richterin Allison D. Burroughs vom Bundesbezirksgericht in Boston wies diese Begründung nun entschieden zurück. Zwar räumte sie ein, dass Harvard in puncto Diskriminierungsprävention noch Verbesserungsbedarf habe. Dennoch sei die Maßnahme der Regierung „eine Form unzulässiger Vergeltung“ gewesen – und damit ein Verstoß gegen den ersten Verfassungszusatz, der die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit schützt.

Burroughs betonte in ihrer Urteilsbegründung, dass „der behauptete Antisemitismus in diesem Fall nicht die tatsächliche Motivation der Regierung war, sondern ein vorgeschohner Vorwand zur politischen Disziplinierung einer kritischen akademischen Institution“. Die Sanktionen stünden in direktem Zusammenhang mit öffentlichen Äußerungen von Harvard-Präsidentin Claudine Gay, die sich im Jahr 2024 wiederholt gegen politische Einflussnahme durch die Exekutive ausgesprochen hatte.



Harvard als Symbolinstitution – und Zielscheibe

Dass ausgerechnet Harvard in das Visier der Regierung geriet, ist kein Zufall. Die traditionsreiche Eliteuniversität in Cambridge, Massachusetts, gilt konservativen Politikern seit Jahren als Sinnbild einer vermeintlich „woken“, linksintellektuellen Elite, die in ihren Augen die Werte der amerikanischen Gesellschaft untergrabe. Bereits während seiner ersten Präsidentschaft hatte Donald Trump wiederholt gegen vermeintliche „indoktrinierende Bildungseinrichtungen“ polemisiert. Harvard war dabei ein wiederkehrendes Feindbild – ähnlich wie die Universitäten Berkeley, Yale oder Columbia.

Der Fall reiht sich damit ein in eine breitere Strategie republikanischer Bildungspolitik, wie sie insbesondere in Bundesstaaten wie Florida unter Gouverneur Ron DeSantis verfolgt wird: die systematische politische Einflussnahme auf Lehrpläne, Hochschulleitungen und Förderstrukturen – stets unter dem Banner der Bekämpfung ideologischer „Einseitigkeit“ oder „Extremismus“.

Ein Urteil mit Signalwirkung

Das Urteil in Boston könnte nun eine Zäsur markieren. Es verpflichtet die Bundesregierung, die blockierten Mittel freizugeben, und untersagt zugleich vergleichbare Maßnahmen gegenüber anderen Hochschulen ohne hinreichende rechtliche Grundlage. Harvard begrüßte die Entscheidung als „Bestätigung der akademischen Freiheit“ und als Schutzmechanismus gegen politische Einschüchterung.

Rechtswissenschaftler werten die Entscheidung als wichtige Rückbesinnung auf die verfassungsrechtlichen Prinzipien der Gewaltenteilung und institutionellen Autonomie in den USA. „Die Regierung kann Universitäten nicht dafür bestrafen, dass sie sich ihrer politischen Agenda nicht unterordnen“, erklärte Laurence Tribe, Verfassungsrechtler an der Harvard Law School, gegenüber der *New York Times*.

Allerdings ist das letzte Wort in der Sache noch nicht gesprochen: Das US-Justizministerium kündigte umgehend Berufung an. Beobachter halten es für wahrscheinlich, dass der Fall letztlich vor dem Supreme Court verhandelt wird. Das konservativ dominierte Höchstgericht könnte das Urteil noch kippen – oder aber bestätigen und damit ein starkes Zeichen für die Unabhängigkeit der Wissenschaft setzen.



Eine Grundsatzfrage für die amerikanische Demokratie

Der Fall Harvard ist symptomatisch für eine tiefere Entwicklung: die zunehmende Politisierung von Wissenschaft, Bildung und öffentlichem Diskurs. Universitäten werden dabei immer häufiger zu Projektionsflächen ideologischer Kämpfe – nicht nur in den USA. Die Frage, wie viel Autonomie Bildungseinrichtungen gegenüber staatlichen Eingriffen haben, ist grundlegend für jede freiheitlich verfasste Gesellschaft.

In diesem Kontext ist das Urteil von Richterin Burroughs mehr als ein juristisches Votum. Es ist ein Signal: gegen die Instrumentalisierung von Antisemitismusvorwürfen zu politischen Zwecken, gegen die Aushöhlung der Wissenschaftsfreiheit und für eine verfassungsmäßig geschützte Debattenkultur.

Unabhängig vom weiteren Verlauf des Verfahrens bleibt festzuhalten: Eine Demokratie lebt vom freien Austausch der Ideen – und der braucht Institutionen, die sich der Macht nicht beugen.

Autor: P. Tiko